

Neue Kassenscheine der Gemeinde Wien.

Die Gemeinde Wien wurde mit dem Landesgesetze vom 18. Juli 1814 zur Beschaffung eines Betrages von 375 Millionen Kronen für Investitionszwecke ermächtigt. Im Sinne dieser Ermächtigung will nun die Gemeinde Wien auf Grund eines von der Oesterreichischen Länderbank namens eines Konsortiums der Wiener Großbanken, welchen sich die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien angeschlossen hat, gestellten Anbotes fünfeinhalbprozentige Kassenscheine mit fünfjähriger Laufzeit im Gesamtbetrag von 100 Millionen Kronen begeben. Die Kassenscheine sollen vom 15. März 1916 datiert werden, würden also am 15. März 1921 zum Nennwerte zur Einlösung gelangen; die Couponfälligkeiten sind am 15. März und 15. September jeden Jahres.

Der Verkauf der Kassenscheine an das Publikum dürfte zum Kurse von 97 erfolgen. Durch die Begebung der Kassenscheine, welche die Pupillarität genießen, soll die Gemeinde Wien in die Lage gesetzt werden, die infolge des Krieges zurückgestellten dringenden Investitionsarbeiten nach Möglichkeit in Angriff zu nehmen und damit auch für die aus dem Felde Heimkehrenden Arbeit und Verdienst zu schaffen.

Die Zwecke, welchen diese Teilemission zu dienen hat, sind in den Verhandlungen des Gemeinderates und Landtages im Jahre 1914 ausführlich erörtert worden. Dieselben umfassen folgende Arbeiten:

	Kronen
für den Bau von Anishäusern	1,300.000
für den Bau des städtischen Museums	2,850.000
für Grund- und Häuserwerbungen, für Kasernen- transaktionen, für den Wald- und Wiesengürtel	20,400.000
für die Errichtung von Spiel- und Sportplätzen	2,500.000
für Feuerwehrazwecke	1,550.000
für Pflasterungen, Straßenherstellungen und Erwer- bung von Stein- und Schotterbrüchen	29,700.000
für Kanalisierungen	6,550.000
für Straßenräuberungsarbeiten sowie für die Beseiti- gung und Verwertung der Abfallstoffe	5,250.000
für Brückenbauten und Unterführungen	17,000.000
für Wasserversorgung	6,250.000
für Gartenanlagen	2,450.000
für Friedhofszwecke	3,700.000
für das Jubiläumshospital, sonstige Sanitätsseinrich- tungen und Bekämpfung der Tuberkulose	4,000.000
für Badeanstalten	4,300.000
für Versorgungshäuser, Kinderpflegeanstalten	8,000.000
für Kunst- und Denkmalspflege	2,000.000
für ein gewerbliches Musterlager	1,000.000
für Aufnahme eines Stadtplanes	1,000.000
für den Bau der Schnellbahnen (Untergrundbahnen)	150,000.000
für die Gaswerke	24,300.000
für die Elektrizitätswerke	10,350.000
für die Straßenbahnen	64,000.000
für die Leichenbestattungsunternehmung	1,000.000
für die Stellwagenunternehmung (Automobilomnibus)	5,550.000

Der Stadtrat hat in seiner gestrigen Sitzung den diesbezüglichen Bericht des Bürgermeisters nach einer Debatte, an welcher sich Vizebürgermeister Rain und die Stadträte Schmid und Schreiner beteiligten, einstimmig genehmigt. Vizebürgermeister Hoß sprach unter lebhaftem Beifall der Anwesenden dem Bürgermeister für die erfolgreiche Erledigung dieser Angelegenheit den Dank aus.

In der nachmittags abgehaltenen Konferenz der Obmänner der Gemeinderatsparteien berichtete Bürgermeister Dr. Weiskirchner ebenfalls über die am Freitag den Gemeinderat beschäftigende Vorlage. Hierüber entspann sich eine eingehende Debatte, an welcher sich die Gemeinderäte Dr. von Dorn, Hein, Steiner, Neumann und Staret, sowie die Vizebürgermeister Hoß und Rain beteiligten. Uebereinstimmend kam die Meinung zum Ausdruck, daß der Gemeinde die Verpflichtung obliege, insbesondere nach Kriegsschluss sofort mit Investitionsarbeiten einzusetzen und daß selbstverständlich das nötige Geld nur im Wege einer Anleihe beschafft werden könne. Die Führer der drei Gemeinderatsparteien behielten sich vor, die Stellungnahme ihrer Klubs bis zur Gemeinderatsitzung festzulegen und sodann womöglich mit einer kurzen Debatte die Vorlage der Erledigung zuzuführen.